



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen der
Initiative 27. Januar e.V.**

1. Wie stehen Sie zum Ansatz deutscher Außenpolitik, gegen Israel gerichtete einseitige (auch vermeintlich abgemilderte) Resolutionen in den VN häufig mitzutragen oder sich zu enthalten? Müsste Deutschland nicht häufiger solche Resolutionen klar ablehnen, wie es auch andere EU-Staaten vormachen?

Antwort:

CDU und CSU bekennen sich zu der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel. Das zeigt sich auch daran, dass im Zweifelsfall Deutschland die besonderen Beziehungen zu Israel höher gewichtet als den wünschenswerten Konsens der EU in außenpolitischen Fragen. Die Nahostpolitik der Bundesregierung bei Abstimmungen über VN-Resolutionen ist werte- und sachorientiert und möchte die Geltung des internationalen Völkerrechts als Grundlage eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten zum Durchbruch verhelfen. Daher soll die Bundesregierung Handlungsvorschlägen nur zustimmen, wenn sie diesem Ziel dienen.

2. Sollte Deutschland seine direkte/indirekte finanzielle Unterstützung für die Palästinensische Autonomiebehörde und UNRWA daran koppeln, dass Terrorismus und Hetze gegen Israel (u.a. in Schulbüchern, durch die Verehrung von „Märtyrern“ und Unterstützung der Familien von Attentätern) unterlassen wird?

Antwort:

CDU und CSU lehnen Zahlungen der PLO an Terroristen oder deren Familien ab. Wir befürworten zudem ein entschiedenes Vorgehen deutscher Politik gegen die Anstachelung von Gewalt und die Erziehung zum Hass, auch im Falle der Palästinensischen Autonomiebehörde und der Hamas. Daher befürworten wir, auch künftig durch die Bundesregierung sicherzustellen, dass die bilaterale Förderung Deutschlands an die Palästinenser nicht als Budgethilfe, sondern über Projektzusammenarbeit erfolgt.

3. Welche Position sollte Deutschland in Bezug auf die wieder aufgenommenen Verhandlungen zum (inzwischen eindeutig militärischen) Atomprogramm des Iran und angesichts der Bedrohungen durch das iranische Regime und seine regionalen Stellvertreter für den Nahen Osten und konkret für Israel einnehmen?

Antwort:

CDU und CSU treten dafür ein, dass der Iran seine Verpflichtungen aus der Wiener Nuklearvereinbarung von 2015 (JCPOA) strikt einhält und sein ballistisches Raketenprogramm und seine aggressive Rolle in der Region beendet. Bei regionalen Stellvertretern des iranischen Regimes, etwa bei der Hisbollah im Libanon, soll die Aufnahme auf die Liste von Terrororganisationen geprüft werden.

4. Sollte Deutschland – wie gegenüber allen anderen Staaten weltweit auch – die souveräne Entscheidung Israels, Jerusalem zu seiner Hauptstadt zu machen, anerkennen und seine Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem verlegen?

Antwort:

CDU und CSU unterstützen alles, was ein friedliches Zusammenleben von Israelis und Palästinensern fördert und eine Zweistaatenlösung ermöglicht. Letztlich müssen Israel und Palästinenser selbst zu den schmerzhaften Kompromissen bereit sein, die eine dauerhaft tragfähige Friedenslösung mit sich bringt. Die internationale Gemeinschaft, etwa das Nahost-Quartett bestehend aus den USA, der EU, Russland und den Vereinten Nationen kann und soll den Friedensprozess begleiten. Sie kann jedoch bilaterale Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern nicht ersetzen. Daher lehnen CDU und CSU einseitige Schritte wie die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels und die Verlegung der deutschen Botschaft nach Jerusalem ab.

5. Wie kann Deutschland die erzielten Fortschritte in der Antisemitismus-Bekämpfung, insbesondere die Ratifizierung der IHRA-Definition, des BDS-Beschlusses des Bundestages und die Schaffung der Stelle des Antisemitismus-Beauftragten der Bundesregierung, aus Ihrer Sicht sichern und weiter ausbauen?

Antwort:

Der anwachsende Antisemitismus in unserem Land beschämt uns. Es liegt in unser aller Verantwortung, antisemitischem Hass entschlossen entgegenzutreten. Wir müssen Antisemitismus klar benennen und bekämpfen – egal, woher er kommt: ob von rechtsaußen, linksaußen oder von migrantisch geprägten Milieus. CDU und CSU stehen mit aller Überzeugung dafür ein, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland immer eine Heimat haben, in Sicherheit leben und ihren Glauben praktizieren können.

Wir drängen auf eine zügige Umsetzung der Ergebnisse des Abschlussberichts des Kabinettausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus vom 21. Mai 2021. Unter anderem sollen dazu Forschung und Prävention gefördert, Sicherheitsbehörden, Justiz und Zivilgesellschaft gestärkt, und die gesetzlichen Grundlagen für den Kampf gegen Hasskriminalität erweitert werden.

6. Wie kann Deutschland Ihrer Meinung nach seiner kollektiven Verantwortung aus dem Holocaust gerecht werden und neue Formen des Erinnerns gefunden werden in Zeiten, in denen es immer weniger Überlebende gibt und das Gedenken zunehmend ritualisiert, relativiert oder gar diskreditiert wird?

Antwort:

In Zeiten, in denen es immer weniger Überlebende der Shoah gibt, gilt es insbesondere nachwachsenden Generationen historisches Wissen möglichst so zu vermitteln, dass junge Menschen die Gegenwartsrelevanz der Geschichte begreifen und einen Bezug zur eigenen Lebenswelt herstellen. CDU und CSU treten für neue, auch digitale Formen des Erinnerns und nachhaltig wirkende Bildungsformate ein. Das Bundesprogramm „Jugend erinnert“ wollen wir daher ausbauen und die Zeitzeugenarbeit in das digitale Zeitalter führen. Insbesondere an Schulen halten wir den sensiblen Umgang mit dem Thema Antisemitismus für wichtig. Uns geht es darum, erinnerungsorientierte Lernformate zu fördern, so dass den Schülern die historischen Ereignisse nicht nur über Lehrbücher vermittelt werden, sondern auch durch fachdidaktisch begleitete Besuche von Gedenkstätten und Erinnerungsorten. Wir fordern daher, die historisch-politische Bildung durch die Intensivierung von Gedenkstättenfahrten zu fördern. Jeder Schülerin und jedem Schüler soll es ermöglicht werden, vor Abschluss der Schule eine KZ-Gedenkstätte zu besuchen. Zudem wollen wir Orte der positiven Demokratiegeschichte für die Vermittlung und Veranschaulichung demokratischer Errungenschaften nutzen.

7. Was kann aus Ihrer Sicht zur Förderung des seit 1.700 Jahren bestehenden jüdischen Lebens in Deutschland sowie dem Ausbau der deutsch-israelischen Beziehungen – auch regional und lokal – getan werden?

Antwort:

Für CDU und CSU ist klar, dass jüdisches Leben ein fester und wertvoller Teil unserer gesellschaftlichen Identität ist. Um jüdisches Leben weiterhin zu fördern, halten wir es für wichtig, dass die ganze Vielfalt jüdischen Lebens in unserer Gesellschaft sichtbar wird. Um dies zu unterstützen, führt die CDU beispielsweise jedes Jahr die Aktionswoche „von Schabbat zu Schabbat“ durch. Im Rahmen von unterschiedlichen Austauschformaten wollen wir Raum für persönliche Begegnungen schaffen und deutlich machen, wie sehr jüdisches Leben seit 1700 Jahren zu uns gehört – sei es in der Wissenschaft, in der Kultur, in der Kunst oder in anderen Bereichen unserer Gesellschaft. Damit setzen wir zugleich auch ein Zeichen gegen Antisemitismus. Darüber hinaus ist uns wichtig, dass der Bund die Leistungen des Zentralrats der Juden auch weiterhin fördert. Wir unterstützen auch die Förderung der Sicherung und Betreuung der verwaisten Friedhöfe der ehemaligen jüdischen Gemeinden in Deutschland und von leider notwendigen Sicherheitsmaßnahmen für jüdische Einrichtungen in Deutschland. Im Hinblick auf die engen und freundschaftlichen deutsch-israelischen Beziehungen wollen CDU und CSU sie in allen Politikbereichen weiter ausbauen, insbesondere beim Jugendaustausch, in der Hochtechnologie und bei der Förderung von Startups.

8. Was kann aus Ihrer Sicht zur Verbesserung des Israel-Bildes junger Menschen in Deutschland getan werden, z.B. durch eine umfangreichere Finanzierung eines breit gefächerten deutsch-israelischen Jugendaustausches mit bestehenden sowie neuen Projekten?**Antwort:**

Eine Vielzahl von Akteuren in beiden Ländern sichert seit vielen Jahren mit großem Engagement und mit großer Ausdauer die Kontinuität des Austausches. Dieses Engagement wollen CDU und CSU mit mehr Stipendienprogrammen noch stärker unterstützen. Insbesondere setzen wir auf die rasche Umsetzung des Beschlusses der deutschen Regierung und der israelischen Regierung, mit einem Deutsch-Israelischen Jugendwerk den Jugendaustausch weiter zu festigen und auszubauen. So kann das Israelbild junger Menschen in Deutschland und das Deutschlandbild junger Menschen in Israel verbessert werden. Insbesondere wollen wir dabei auch Jugendliche aus bildungsfernen Schichten oder mit Migrationshintergrund einbeziehen. Darüber hinaus halten wir es für wichtig, dass Lehrkräfte mit den Themen Antisemitismus und Israelfeindlichkeit nicht alleingelassen

werden. In Aus- und Fortbildung müssen umfassende, fächerübergreifende Konzepte und Strategien erlernt werden. Wir setzen uns für eine Stärkung der politischen Bildung und Wertekunde ein und werden die politische Bildung in allen Jahrgangsstufen der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen stärken.